

1. September 2023

Pressemitteilung Freie Wähler Herrenberg

Schließung Krankenhaus Herrenberg

Keine Entscheidungen auf fragwürdiger Grundlage

Freie Wähler Herrenberg setzen sich intensiv mit dem Gutachten zum Klinikverbund Südwest auseinander und befürchten eine massive Verschlechterung der medizinischen Versorgung im gesamten Landkreis Böblingen.

Die Freien Wähler Herrenberg haben sich die letzten Wochen in einer Arbeitsgruppe intensiv mit dem Gutachten zur Weiterentwicklung des Klinikverbundes Südwest auseinandergesetzt und viele Gespräche mit medizinischem Personal und politischen Entscheidungsträgern auf Kreisebene geführt. „Wir sind wirklich schockiert, auf welcher Grundlage das Krankenhaus Herrenberg plattgemacht werden soll. Das Gutachten wirft mehr Fragen auf, als es beantwortet. Die künftige medizinische Versorgung, nicht nur in Herrenberg, ist völlig offen und kaum eine Zahl im Gutachten, das eher einer chaotischen Präsentation gleicht, kann nachvollzogen werden“, sagte Thomas Deines, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler im Gemeinderat Herrenberg.

Das vorliegende Gutachten der Berater AG Lohfert & Lohfert ist in vielen Bereichen unvollständig und fachlich nicht nachvollziehbar. Auch fehlen grundlegende Informationen, beispielsweise zu Bettenzahlen und Patientenströmen. Wichtige Aussagen beziehen sich auf die Belegungen bis zum Jahr 2022, umfassen damit die Auswirkungen der Corona-Pandemie und stellen keinen Regelbetrieb dar. Zudem sind die Auswirkungen der derzeit diskutierten Reform der Krankenhausfinanzierung noch gar nicht berücksichtigt. „Auf dieser Grundlage kann und darf man nicht über die medizinische Versorgung von fast 400.000 Bürgerinnen und Bürgern im Kreis entscheiden“, betonte Thomas Deines.

„Bereits heute ist es schwierig für Patienten, ein Bett in einer Klinik im Landkreis zu bekommen. Bei einer Schließung von Herrenberg müssen 8.000 Patientinnen und Patienten, die bisher in Herrenberg pro Jahr behandelt wurden, in andere Kliniken. Dies wird auch massive Auswirkungen auf die Versorgungsmöglichkeiten in Nagold und Böblingen haben“, ergänzte Rainer Kegreiß, FW-Stadtrat und seit vielen Jahren im Rettungsdienst aktiv.

Die genannten Zahlen zur Steigerung der ambulanten Behandlung erscheinen unrealistisch, bereits heute fehlen in diesem Bereich Praxen und medizinisches Personal. Das Herrenberger Krankenhaus als Grund- und Regelversorger mit seinen Schwerpunkten ist ein wichtiger Baustein im Klinikverbund. Auch im Bereich der Notfallpraxis ist es völlig unklar, wo und wie die rund 20.000 Patienten pro Jahr behandelt werden sollen.

„Dass gerade im Bereich der Gynäkologie, der Geburtshilfe, im Bereich Geriatrie- und Palliativversorgung sehr gute Strukturen zerstört und Betten abgebaut werden, ist im höchsten Maße diskriminierend. Gerade der Landkreis als öffentlicher Träger steht hier in einer besonderen Verantwortung. Leider bleibt das Gutachten gerade bei diesen Themen völlig vage“, erklärte Claudia Däuble, die gemeinsam mit Rainer Kegreiß die Arbeitsgruppe leitete.

„Die sogenannte Weiterentwicklung des Standorts Herrenberg bedeutet praktisch eine Schließung und die Verlagerung der Patienten in Häuser, die bereits heute keine Kapazitäten mehr haben. Die Versorgung der Patienten muss gewährleistet sein. Der Klinikverbund muss weiterentwickelt und Defizite abgebaut werden, aber auf transparenter Grundlage und nicht auf dem Rücken der Schwächsten der Gesellschaft“, sagte Thomas Deines. Dafür werden sich die Freien Wähler Herrenberg einsetzen und streben ein breites Bündnis mit den verschiedensten Akteuren aus dem Gesundheitswesen und dem gesellschaftlichen Bereich an. „Wir brauchen einen großen, gemeinsamen Schulterschluss aller Akteure. Stehen wir gemeinsam für eine gute medizinische Versorgung in Herrenberg, im ganzen Gäu und im Landkreis ein“, so Deines abschließend.

Die Freien Wähler haben einen umfangreichen Fragenkatalog erarbeitet (Anlage). Zu einzelnen Bereichen sind weitere Ausführungen in den Anlagen 1-5 aufgeführt.

Daraus ergeben sich zum aktuellen Zeitpunkt für die Freien Wähler Herrenberg die folgenden Forderungen an den Klinikverbund Südwest und den Kreistag Böblingen:

- Klärung sämtlicher offener Fragen auf transparenter Grundlage.
- Einarbeitung der Konsequenzen aus der geplanten Krankenhausreform nach Beschluss des Gesetzesvorschlages.
- Evaluation und Überprüfung des Gutachtens durch ein anerkanntes Gutachterbüro („Zweitmeinung“).
- Varianten bezüglich der Weiterentwicklung der Standorte, insbesondere Herrenbergs, über die bisherigen Ideen hinaus. Für jede Variante sollte eine betriebswirtschaftliche Darstellung auf Basis der geplanten Krankenhausreform erfolgen.
- Darstellung sämtlicher notwendiger Investitionskosten in die anderen Häuser für die geplanten Verlagerungen und Ausbauten (z.B. im Bereich Geriatrie und Geburtshilfe) vor Beschlussfassung.
- Einbindung der Expertise relevanter Partner (niedergelassene Ärzteschaft, Rettungsdienst usw.) vor Beschlussfassung.
- Darstellung der aktuellen und künftigen Patientenströme aufgrund der massiven Unterversorgung im Landkreis Böblingen.
- Keine überstürzte Beschlussfassung wie derzeit durch Landrat und GF KVSW geplant. Dies kann nur auf der Basis verlässlicher Fakten erfolgen, welche derzeit nicht vorliegen!

- Die derzeitigen Planungen sind massiv diskriminierend, insbesondere gegenüber Frauen und älteren Menschen. Dies stellt einen Verstoß gegen das Grundgesetz und das Allgemeine Gleichstellungsgesetz dar. Wie muss eine diskriminierungsfreie Krankenhauslandschaft im Kreis BB aussehen?
- Die Schließung des Krankenhauses Herrenberg und die weiteren Bettenkürzungen werden zu einer massiven Verschlechterung der Versorgung auch in Böblingen und Nagold führen. Der daraus resultierende Abbau (z.B. in der allgemeinen Chirurgie) gegenüber dem Status Quo muss dargestellt werden.
- Der KVSW darf keine „Umsetzung durch die Hintertür“ betreiben vor einer Beschlussfassung des Medizinkonzeptes, indem beispielsweise notwendige Personalstellen in Herrenberg nicht nachbesetzt werden.